

Nachhaltigkeit – (k)ein Thema der Politik?

Von Rio bis heute

Beim Gipfel (Earth Summit) von Rio 1992 wurde die Nachhaltige Entwicklung in großer Aufbruchsstimmung zu einem erklärten Ziel aller teilnehmenden Staaten. Leider ist seither die Kluft zwischen den Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung und der Realität nicht nur in der europäischen Politik weiter gewachsen. Seit Rio sind zwar eine Reihe von Einzelaktivitäten eingeleitet und realisiert worden, dennoch sind die wichtigsten Probleme (Bevölkerungswachstum, Armut und Ressourcenverschwendung) weiterhin ungelöst. Außerdem ist es – außerhalb eines engen Expertenkreises – nicht gelungen, ein allgemeines Verständnis der Menschen für die Inhalte und Zielsetzungen dieses neuen Lebensprozesses zu erreichen.

Durch den EU-Vertrag von Amsterdam (1998) wurde Nachhaltigkeit als eines der grundlegenden Prinzipien der Gemeinschaftspolitik festgeschrieben, nämlich durch institutionelle und verfahrenstechnische Veränderungen dafür Sorge zu tragen, dass sie tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

In Folge führten die Anstrengungen der EU, die Nachhaltige Entwicklung in alle Politikbereiche einzubeziehen, in Göteborg im Juni 2001 zur Verabschiedung einer EU-Nachhaltigkeits-Strategie, die den Lissabon-Prozess durch Integration der Umweltdimension weiterentwickelt. Die Zielsetzung, von der abstrakten Diskussion in die Bearbeitung von wichtigen, konkreten Problembereichen einzutreten, gibt Anlass zu Hoffnungen.

Ein weiteres Großereignis, die für September 2002 in Südafrika anberaumte UN-Gipfelerklärung „Rio + 10“, führt durch den Zeitdruck dazu, dass die teilnehmenden Staaten – so auch Österreich – das Thema der Realität der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung doch intensiver bearbeiten.

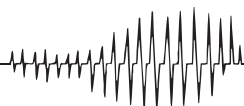
Der Prozess einer Nachhaltigen Entwicklung

Die Umsetzung dieses komplexen Leitmotivs verlangt nach einer Vorgangsweise, die gleichrangig wirtschafts-, umwelt- und sozialorientiert sein soll, d.h. dass Einzelaspekte und Partikulärinteressen von einem vernetzten, übergeordneten und dem Gesamtinteresse dienenden System abgelöst werden. Als dynamischer Prozess sind dabei Definitionsdiskussionen und andere semantische Auseinandersetzungen entbehrlich. So wie jede grundlegende Veränderung eines gängigen Systems Probleme bereitet, verlangt auch das Prozessdenken eine schwierige Erweiterung und Überwindung des vorherrschenden Denkschemas, das vorwiegend auf Logik, hierarchischer Ordnung und funktionaler Organisation beruht.

Daher lässt sich die Nachhaltige Entwicklung als Prozess nicht allein durch technologische Veränderungen – obwohl diese von entscheidender Wichtigkeit sind – erzielen, sondern es benötigt darüber hinaus einen **tiefgreifenden Wandel** in den Zielen und Grundlagen, von denen sich die menschlichen Aktivitäten leiten lassen, und **eine grundlegende Verhaltensänderung** der gängigen Mentalität, die Umwelt und menschliche Anliegen eher vernachlässigt.

Wenn die jeweiligen Entscheidungsträger auf der Makroebene (Staatengemeinschaft, Regierungen, Regionen) und der Mikroebene (Unternehmen, Institutionen, Gruppen) die Nachhaltige Entwicklung erfolgreich in alle Bereiche integrieren wollen, werden sie nachstehende Herausforderungen rasch und intensiv in Angriff nehmen müssen:

- Zusammenarbeit und Kommunikation der funktional gegliederten Bereiche auf ein Miteinander ohne Vorbehalte, gemeinsame und gleichberechtigte Entscheidung und Realisierung der relevanten Themen



- aktive Einbeziehung aller Akteure in Dialog, Planung, Entscheidung, Realisierung und Kontrolle
- breite Kommunikation in der Öffentlichkeit durch Aufklärung und Bildungsoffensive aller beteiligten und betroffenen Menschen, die die Entscheidungen unterstützen und tragen
- Auswahl eines Kreises unabhängiger Vordenker, die die Entscheidungen kritisch analysieren und begutachten.

Klimapolitik im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung

Die **Klimapolitik** ist ein wichtiges Themen im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung. Obwohl die Klimaproblematik seit über zehn Jahren im globalen Zusammenhang eine zentrale Rolle spielt und erste verbindliche Lösungsansätze (Kyoto-Protokoll) erarbeitet worden sind, klaffen die Ziele und die Realitäten weit auseinander.

Die Entwicklung der österreichischen Klimapolitik zeigt deutlich, dass Nachhaltigkeitspolitik nicht nur Umweltpolitik sein kann.

Das einvernehmliche Bekenntnis zu den Toronto- und Kyoto-Zielen der Regierungspolitik waren Vorgaben, die mit den Verursachern und den österreichischen Realitäten nicht abgestimmt waren. Erst nach Kyoto kam es zu Kontakten mit der Wirtschaft, die zu der problematischen Verpflichtung von minus 13 % geführt haben. Der vom Umweltministerium in Auftrag gegebene Optionenbericht der Österreichischen Kommunalkredit¹ erfasst ausschließ-

lich die möglichen heimischen Potentiale in Österreich, deren betriebs- und volkswirtschaftliche Bewertung fehlt und die nur in der Höhe des notwendigen Bedarfs liegt.

Aufgrund von Initiativen der Wirtschaft wurde die Wichtigkeit und Effektivität der Kyoto-Mechanismen für eine erfolgreiche und kostengünstige Realisierung der CO₂-Emissionsreduktionen in Österreich herausgearbeitet. Erste positive Signale sind vor kurzem von der Politik gekommen, die neben den heimischen Maßnahmen auch die projektbezogenen flexiblen Mechanismen als integraler Bestandteil einer realistischen Umsetzung der vereinbarten Ziele direkt anspricht.

Im Sinne einer zielführenden Nachhaltigkeitspolitik wird es jedoch unbedingt notwendig sein, dass alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger in den schwierigen Realisierungsprozess so eingebunden werden, dass Österreich wettbewerbsmäßig und politisch keinen Schaden erleidet.

Friedrich Nemec

Austrian Business Council for Sustainable Development (ABCSD)

E-mail: e.tesar@iv-net.at

¹ Siehe auch A. E. Hackl „Die österreichischen Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen von Toronto bis Kyoto“ in diesem Heft.

